

Aus Lenin Werke Band 20

KRITISCHE BEMERKUNGEN
ZUR NATIONALEN FRAGE¹

Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage.....	1-37
1. Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage	4
2. „Nationale Kultur“	7
3. Das nationalistische Schreckgespenst des „Assimilantentums“..	11
4. „National-kulturelle Autonomie“	18
5. Die Gleichberechtigung der Nationen und die Rechte der nationalen Minderheit.....	25
6. Zentralisation und Autonomie.....	30

*Geschrieben Oktober-Dezember 1913. Nach dem Text der Zeitschrift.
Veröffentlicht 1913 in der
Zeitschrift „Prosweschtschenije“
Nr. 10, 11 und 12.
Unterschrift: W.Iljin.*

Die nationale Frage nimmt gegenwärtig unter den Fragen des öffentlichen Lebens Rußlands ganz offensichtlich einen bedeutenden Platz ein. Sowohl der streitbare Nationalismus der Reaktion als auch der Übergang des konterrevolutionären, bürgerlichen Liberalismus zum Nationalismus (besonders zum großrussischen, dann aber auch zum polnischen, jüdischen, ukrainischen usw.) und schließlich die vermehrten nationalistischen Schwankungen unter verschiedenen „nationalen“ (d. h. nicht großrussischen) Sozialdemokraten, die bis zur Verletzung des Parteiprogramms geführt haben – all das verpflichtet uns unbedingt, der nationalen Frage mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken.

Der vorliegende Artikel verfolgt das besondere Ziel, eben diese Programmschwankungen von Marxisten und Auch-Marxisten in der nationalen Frage in ihrem allgemeinen Zusammenhang zu untersuchen. In Nr. 29 der „Sewernaja Prawda“² (vom 5. September 1913: „Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage“)* hatte ich Gelegenheit, mich über den Opportunismus der Liberalen in der nationalen Frage zu äußern, über diesen meinen Artikel fiel die opportunistische jüdische Zeitung „Zait“³ in einem Artikel des Herrn F. Libman mit ihrer Kritik her. Zum anderen übte der ukrainische Opportunist Herr Lew Jurkewitsch Kritik an dem Programm der russischen Marxisten in der nationalen Frage („Dswin“⁴, 1913, Nr. 7/8). Diese beiden Publizisten haben so viele Fragen angeschnitten, daß eine Antwort an sie es erforderlich macht, die verschiedensten Seiten unseres Themas zu erörtern. Mir scheint es daher am zweckmäßigsten, zunächst einmal den Artikel aus der „Sewernaja Prawda“ wieder abzdrukken.

* Siehe Werke, Bd. 19, S. 344-347. *Die Red,*

1. LIBERALE UND DEMOKRATEN ZUR SPRACHENFRAGE

Die Zeitungen haben des öfteren auf einen Bericht des kaukasischen Statthalters hingewiesen, der nicht im Geiste der Schwarzhunderter, sondern im Geiste eines zaghaften „Liberalismus“ gehalten ist. Der Statthalter spricht sich unter anderem gegen die künstliche Russifizierung, d. h. Verrussung der nichtrussischen Völkerschaften, aus. Im Kaukasus seien die Vertreter der nichtrussischen Völkerschaften selbst bestrebt, die Kinder Russisch lernen zu lassen, z. B. in den armenischen Kirchenschulen, in denen der russische Sprachunterricht nicht obligatorisch ist.

Unter Hinweis darauf kommt eine der in Rußland verbreitetsten liberalen Zeitungen, das „Russkoje Slowo“⁵ (Nr. 198), zu dem berechtigten Schluß, das feindselige Verhalten zur russischen Sprache in Rußland sei „ausschließlich“ eine Folge der „künstlichen“ (es müßte heißen: gewaltsamen) Aufpfropfung der russischen Sprache.

„Um das Schicksal der russischen Sprache braucht man sich keine Sorgen zu machen. Sie selbst wird sich in ganz Rußland Anerkennung erobern“, schreibt die Zeitung. Das ist auch richtig, werden doch die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs die in einem Staat lebenden Nationalitäten (solange sie zusammenleben wollen) stets veranlassen, die Sprache der Mehrheit zu erlernen. Je demokratischer die Staatsform Rußlands sein wird, desto stärker, rascher und breiter wird sich der Kapitalismus entfalten, desto nachdrücklicher werden die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs die verschiedenen Nationalitäten zum Erlernen der Sprache drängen, die für die gemeinsamen Handelsbeziehungen am geeignetsten ist.

Aber die liberale Zeitung hat es eilig, sich selbst ins Gesicht zu schlagen und ihre liberale Inkonsequenz zu beweisen.

„Schwerlich wird“, schreibt sie, „selbst unter den Gegnern der Russifizierung irgend jemand bestreiten wollen, daß es in einem solchen Riesenstaat wie Rußland *eine* allgemeine Staatssprache geben muß und daß diese Sprache ... nur die russische sein kann.“

Eine verdrehte Logik! Für die kleine Schweiz ist es kein Verlust, son-

dem ein Gewinn, daß sie nicht *eine* allgemeine Staatssprache, sondern volle drei besitzt: Deutsch, Französisch und Italienisch. In der Schweiz sind 70% der Bevölkerung Deutsche (in Rußland 43% Großrussen), 22% Franzosen (in Rußland 17% Ukrainer), 7% Italiener (in Rußland 6% Polen und 4½% Belorussen). Wenn die Italiener in der Schweiz im gemeinsamen Parlament oft französisch sprechen, so tun sie das nicht unter der Fuchtel irgendeines barbarischen Polizeigesetzes (das gibt es in der Schweiz nicht), sondern einfach deshalb, weil zivilisierte Bürger eines demokratischen Staates selbst die Sprache vorziehen, die der Mehrheit verständlich ist. Die französische Sprache flößt den Italienern keinen Haß ein, da sie die Sprache einer freien, zivilisierten Nation ist, eine Sprache, die nicht durch widerliche Polizeimaßnahmen aufgezwungen wird.

Warum soll nun das „riesige“, viel buntscheckigere und furchtbar rückständige Rußland seine Entwicklung durch die Aufrechterhaltung eines wie immer gearteten Privilegs für eine der Sprachen *bemmen*? Ist es nicht umgekehrt, ihr Herren Liberalen? Sollte nicht Rußland, wenn es Europa einholen will, so bald wie möglich, so gründlich wie möglich und so entschlossen wie möglich mit allen und jeglichen Privilegien aufräumen?

Wenn jegliche Privilegien wegfallen, wenn keine der Sprachen mehr aufgezwungen wird, dann werden alle Slawen einander leicht und schnell verstehen lernen und nicht vor dem „furchtbaren“ Gedanken zurückschrecken, daß im gemeinsamen Parlament Reden in verschiedenen Sprachen zu hören sein werden. Und die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs werden von selbst diejenige Sprache eines gegebenen Landes *bestimmen*, deren Kenntnis im Interesse der Handelsbeziehungen für die Mehrheit *von Vorteil* ist. Diese Bestimmung wird um so zwingender sein, als die zu verschiedenen Nationen gehörende Bevölkerung sie aus freien Stücken annehmen wird, sie wird sich um so rascher und umfassender durchsetzen, je konsequenter der Demokratismus sein und je schneller sich infolgedessen der Kapitalismus entwickeln wird.

Die Liberalen treten an die Sprachenfrage ebenso wie an alle politischen Fragen als heuchlerische Krämer heran, die die eine Hand (öffentlich) der Demokratie, die andere Hand (hinter dem Rücken) den Fronherren und Polizeigewaltigen hinstrecken. Wir sind gegen Privilegien, schreit der

Liberale, hinter dem Rücken aber erschachert er von den Fronherren bald dieses, bald jenes Privileg für sich.

So ist *jeder* bürgerlich-liberale Nationalismus, nicht nur der großrussische (er ist wegen seines gewalttätigen Charakters und seiner Verwandtschaft mit den Herren Purischkewitsch schlimmer als jeder andere), sondern auch der polnische, jüdische, ukrainische, georgische und jeder andere. Die Bourgeoisie *aller* Nationen sowohl in Österreich als auch in Rußland betreibt unter der Losung der „nationalen Kultur“ *in Wirklichkeit* die Zersplitterung der Arbeiter, die Schwächung der Demokratie und verhökert die Volksrechte und die Volksfreiheit an die Fronherren.

Die Losung der Arbeiterdemokratie heißt nicht „nationale Kultur“, sondern internationale Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt. Mag die Bourgeoisie das Volk mit allen möglichen „positiven“ nationalen Programmen betrügen. Der klassenbewußte Arbeiter wird ihr entgegen: Es gibt nur eine einzige Lösung der nationalen Frage (soweit ihre Lösung in der Welt des Kapitalismus, in der Welt der Profitmacherei, der Zwietracht und der Ausbeutung überhaupt möglich ist), und diese Lösung lautet: konsequenter Demokratismus.

Beweise: in Westeuropa die Schweiz, ein Land mit alter Kultur, und in Osteuropa Finnland, ein Land mit junger Kultur.

Das nationale Programm der Arbeiterdemokratie: absolut keine Privilegien für irgendeine Nation, für irgendeine Sprache; Lösung der Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen, d. h. ihrer staatlichen Lostrennung, auf völlig freiem, demokratischem Wege; Erlaß eines für den ganzen Staat geltenden Gesetzes, kraft dessen jede beliebige Maßnahme (der Semstvos, der Städte, der Gemeinden usw. usw.), die in irgendwelcher Hinsicht einer der Nationen ein Privileg gewährt und die Gleichberechtigung der Nationen oder die Rechte einer nationalen Minderheit verletzt, für ungesetzlich und ungültig erklärt wird — und jeder beliebige Staatsbürger berechtigt ist zu verlangen, daß eine solche Maßnahme als verfassungswidrig aufgehoben wird und diejenigen, die sie durchsetzen wollen, strafrechtlich belangt werden.

Dem nationalen Gezänk der verschiedenen bürgerlichen Parteien wegen der Sprachenfrage usw. stellt die Arbeiterdemokratie die Forderung

entgegen: unbedingte Einheit und restlose Verschmelzung der Arbeiter *aller* Nationalitäten in *allen* Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Konsum-, Bildungs- und allen anderen Arbeiterorganisationen, als Gegengewicht gegen jeden bürgerlichen Nationalismus. Nur bei einer solchen Einheit, einer solchen Verschmelzung kann die Demokratie behauptet werden, können die Interessen der Arbeiter gegen das Kapital – das bereits international ist und es immer mehr wird – behauptet, können die Interessen der Entwicklung der Menschheit zu einer neuen Lebensform, der jedes Privileg und jede Ausbeutung fremd sind, behauptet werden.

2. „NATIONALE KULTUR“

Wie der Leser sieht, erläutert der Artikel in der „Sewernaja Prawda“ an einem Beispiel, und zwar an der Frage der allgemeinen Staatssprache, die Inkonsequenz und den Opportunismus der liberalen Bourgeoisie, die in der nationalen Frage den Fronherren und den Polizeigewaltigen die Hand reicht. Jedem leuchtet ein, daß die liberale Bourgeoisie ebenso wie in der Frage der allgemeinen Staatssprache auch in einer ganzen Reihe anderer, wesensverwandter Fragen verräterisch, heuchlerisch und borniert vorgeht (und das sogar vom Standpunkt der Interessen des Liberalismus).

Was folgt daraus? Daraus folgt, daß *jedweder* bürgerlich-liberale Nationalismus die größte Demoralisation in die Arbeiterschaft hineinträgt, daß er der Sache der Freiheit und der Sache des proletarischen Klassenkampfes größten Schaden zufügt. Das ist um so gefährlicher, als mit der Losung der „nationalen Kultur“ die bürgerliche (und bürgerlich-feudale) Tendenz *bemäntelt* wird. Im Namen der nationalen Kultur – der großrussischen, polnischen, jüdischen, ukrainischen usw. – besorgen die Schwarzhunderter und die Klerikalen wie dann auch die Bourgeois *aller* Nationen ihre reaktionären, schmutzigen Geschäfte.

So sieht das gegenwärtige nationale Leben in Wirklichkeit aus, wenn man es marxistisch, d. h. vom Standpunkt des Klassenkampfes, betrachtet, wenn man die Losungen nach den Interessen und der Politik der Klassen und nicht nach hohlen „allgemeinen Grundsätzen“, Deklamationen und Phrasen beurteilt.

Die Losung der nationalen Kultur ist ein bürgerlicher Betrug (und oft

auch einer der Schwarzhunderter und Klerikalen). Unsere Losung ist die internationale Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt.

Hier stürzt sich nun der Bundist Herr Libman in den Kampf und zermalmt mich mit folgender vernichtenden Tirade:

„Jeder, der auch nur einigermaßen mit der nationalen Frage vertraut ist, weiß, daß die internationale Kultur keine anationale* Kultur (Kultur ohne nationale Form) ist; anationale Kultur, die weder russisch noch jüdisch, noch polnisch, sondern nur reine Kultur sein darf, ist ein Unding; gerade die internationalen Ideen können der Arbeiterklasse nur dann nahegebracht werden, wenn sie der Sprache, die der Arbeiter spricht, und den konkreten nationalen Verhältnissen, in denen er lebt, angepaßt sind; der Arbeiter darf dem Stand und der Entwicklung seiner nationalen Kultur nicht gleichgültig gegenüberstehen, da er durch sie und nur durch sie die Möglichkeit erhält, an der internationalen Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt teilzunehmen. Das ist längst bekannt, aber W. I. will von alledem nichts wissen ...“

Man denke sich in diesen typisch bundistischen Gedankengang hinein, der, wohlgemerkt, die von mir aufgestellte marxistische These zunichte machen soll. Mit der ungemein selbstsicheren Miene eines „mit der nationalen Frage vertrauten“ Mannes unterbreitet uns der Herr Bundist die üblichen bürgerlichen Ansichten als „längst bekannte“ Wahrheiten.

Jawohl, lieber Bundist, die internationale Kultur ist nicht unnational. Das hat niemand behauptet. Niemand hat eine „reine“ Kultur, die weder polnisch noch jüdisch, noch russisch usw. wäre, proklamiert, so daß Ihr leerer Wortschwall nur ein Versuch ist, die Aufmerksamkeit des Lesers abzulenken und das Wesen der Sache durch tönende Worte zu verschleiern.

In jeder nationalen Kultur gibt es – seien es auch unentwickelte – Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in jeder Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In jeder Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (und in den

* Inter = zwischen; a = nicht; international = zwischen den Nationen, völkerumfassend; anational = nicht national, nicht volksverbunden, unnational, volklos.

meisten Fällen noch dazu erzreaktionäre und klerikale) Kultur, und zwar nicht nur in Form von „Elementen“, sondern als herrschende Kultur. Deshalb ist die „nationale Kultur“ schlechthin die Kultur der Gutsbesitzer, der Pfaffen, der Bourgeoisie. Diese grundlegende, für den Marxisten elementare Wahrheit hat der Bundist unbeachtet gelassen, er hat sie mit seinem Wortschwall „weggeredet“, d. h., er hat vor dem Leser den Abgrund zwischen den Klassen, statt ihn aufzudecken und aufzuhellen, in Wirklichkeit verschleiert. 7n Wirklichkeit ist der Bundist wie ein Bourgeois aufgetreten, dessen ganzes Interesse verlangt, daß der Glaube an eine über den Klassen stehende nationale Kultur verbreitet werde.

Wenn wir die Losung der „internationalen Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt“ aufstellen, so entnehmen wir jeder nationalen Kultur nur ihre demokratischen und ihre sozialistischen Elemente; entnehmen sie nur und unbedingt als Gegengewicht zur bürgerlichen Kultur, zum bürgerlichen Nationalismus jeder Nation. Kein einziger Demokrat und erst recht kein einziger Marxist verneint die Gleichberechtigung der Sprachen oder die Notwendigkeit, in der eigenen Sprache gegen die „eigene“ Bourgeoisie zu polemisieren, antiklerikale oder antibürgerliche Ideen unter dem „eigenen“ Bauerntum und Kleinbürgertum zu propagieren – darüber braucht man kein Wort zu verlieren, mit diesen unbestreitbaren Wahrheiten verdeckt der Bundist das Strittige, d. h. das, worin in Wirklichkeit die Frage besteht.

Die Frage ist die, ob Marxisten direkt oder indirekt die Losung der nationalen Kultur aufstellen dürfen, oder ob sie unbedingt verpflichtet sind, im Gegensatz zu ihr in allen Sprachen, „unter Anpassung“ an alle lokalen und nationalen Eigenheiten, die Losung des *Internationalismus* der Arbeiter zu propagieren.

Die Bedeutung der Losung der „nationalen Kultur“ wird nicht bestimmt durch das Versprechen oder durch die frommen Wünsche irgendeines Intellektuellen, diese Losung „in dem Sinne zu interpretieren, daß durch sie die internationale Kultur verwirklicht wird“. Die Dinge so zu sehen wäre kindischer Subjektivismus. Die Bedeutung der Losung der nationalen Kultur wird bestimmt durch das objektive Wechselverhältnis zwischen allen Klassen eines gegebenen Landes und aller Länder der Welt. Die nationale Kultur der Bourgeoisie ist eine *Tatsache* (wobei, wie gesagt, die Bourgeoisie überall mit den Gutsbesitzern und den Pfaffen Abmachungen

trifft). Der streitbare bürgerliche Nationalismus, der die Arbeiter abstumpft, verdimmt und entzweit, um sie am Gängelband der Bourgeoisie zu führen – das ist die grundlegende Tatsache der Gegenwart.

Wer dem Proletariat dienen will, der muß die Arbeiter aller Nationen vereinigen und den bürgerlichen Nationalismus, sowohl den „*eigenen*“ als auch den fremden, unentwegt bekämpfen. Wer die Losung der nationalen Kultur verfißt, der gehört unter die nationalistischen Spießer, nicht aber unter die Marxisten.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Kann ein großrussischer Marxist die Losung der nationalen, großrussischen Kultur akzeptieren? Nein. Der Platz eines solchen Menschen ist bei den Nationalisten und nicht bei den Marxisten. Unsere Sache ist es, gegen die herrschende, erzreaktionäre und bürgerliche nationale Kultur der Großrussen zu kämpfen und ausschließlich in internationalem Geist und in engstem Bündnis mit den Arbeitern der anderen Länder jene Keime zu entwickeln, die auch in unserer Geschichte der demokratischen und Arbeiterbewegung vorhanden sind. Gegen die eigenen großrussischen Gutsbesitzer und Bourgeois, gegen ihre „Kultur“ im Namen des Internationalismus zu kämpfen, „unter Anpassung“ an die Besonderheiten der Purischkewitsch und Struve – das ist unsere Aufgabe, keinesfalls aber die Losung der nationalen Kultur zu propagieren oder zu dulden.

Das gleiche gilt von der am meisten unterdrückten und gehetzten Nation: der jüdischen. Jüdische nationale Kultur – das ist die Losung der Rabbiner und Bourgeois, die Losung unserer Feinde. Aber es gibt in der jüdischen Kultur und in der ganzen Geschichte des Judentums auch andere Elemente. Von den 10½ Millionen Juden, die es in der ganzen Welt gibt, lebt etwas mehr als die Hälfte in Galizien und Rußland, in rückständigen, halbbarbarischen Ländern, wo die Juden *mit Gewalt* in der Lage einer Kaste gehalten werden. Die andere Hälfte lebt in der zivilisierten Welt, und dort gibt es keine kastenmäßige Absonderung der Juden. Dort haben sich die großen universal-fortschrittlichen Züge in der jüdischen Kultur deutlich gezeigt: ihr Internationalismus, ihre Aufgeschlossenheit für die fortschrittlichen Bewegungen des Zeitalters (der Prozentsatz der Juden in den demokratischen und proletarischen Bewegungen ist überall höher als der Prozentsatz der Juden in der Bevölkerung überhaupt).

Wer direkt oder indirekt die Losung der jüdischen „nationalen Kultur“ aufstellt, der ist (mögen seine Absichten noch so gut sein) ein Feind des Proletariats, ein Anhänger des *Alten* und des *Kastenmäßigen* im Judentum, ein Helfershelfer der Rabbiner und der Bourgeois. Die jüdischen Marxisten dagegen, die sich in den internationalen marxistischen Organisationen mit den russischen, litauischen, ukrainischen und anderen Arbeitern zusammenschließen und so ihr Teil (in russischer wie auch in jiddischer Sprache) dazu beitragen, die internationale Kultur der Arbeiterbewegung zu schaffen – diese Juden setzen – entgegen dem Separatismus des „Bund“⁶ – eben durch ihren Kampf gegen die Losung der „nationalen Kultur“ die besten Traditionen des Judentums fort.

Bürgerlicher Nationalismus und proletarischer Internationalismus – das sind zwei unversöhnlich feindliche Losungen, die den beiden großen Klassenlagern der ganzen kapitalistischen Welt entsprechen und *zwei* Arten von Politik (mehr noch: zwei Weltanschauungen) in der nationalen Frage zum Ausdruck bringen. Wenn die Bundisten die Losung der nationalen Kultur verteidigen und auf ihr einen ganzen Plan und ein praktisches Programm der sogenannten „national-kulturellen Autonomie“ aufbauen, treten sie *in Wirklichkeit* als Schrittmacher des bürgerlichen Nationalismus innerhalb der Arbeiterschaft auf.

3. DAS NATIONALISTISCHE SCHRECKGESPENST DES „ASSIMILANTENTUMS“

Die Frage des Assimilantentums*, d. h. des Verlustes der nationalen Eigenheiten, des Übergangs in eine andere Nation, bietet die Möglichkeit, die Folgen der nationalistischen Schwankungen der Bundisten und ihrer Gesinnungsgenossen anschaulich darzustellen.

Herr Libman, der die üblichen Argumente – richtiger: Kniffe – der Bundisten getreulich kolportiert und wiederholt, nannte die Forderung nach Einheit und Verschmelzung der Arbeiter aller Nationalitäten eines gegebenen Staates in einheitlichen Arbeiterorganisationen (siehe oben den Schluß des Artikels aus der „Sewernaja Prawda“) „*altes Assimilantengefasel*“.

* Wörtlich: Angleichung, Identifizierung.

„Folglich“, sagt Herr F. Libman über den Schluß des Artikels in der „Sewernaja Prawda“, „soll der Arbeiter auf die Frage, welcher Nationalität er angehöre, antworten: Ich bin Sozialdemokrat.“

Das hält unser Bundist für den Gipfel der Witzigkeit. In Wirklichkeit entlarvt er sich endgültig durch solche Witze und durch das Geschrei über „Assimilantentum“, *gerichtet gegen* die konsequent demokratische und *marxistische* Losung.

Der Kapitalismus kennt in seiner Entwicklung zwei historische Tendenzen in der nationalen Frage. Die erste Tendenz: Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegungen, Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, Herausbildung von Nationalstaaten. Die zweite Tendenz: Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen den Nationen, Niederreißung der nationalen Schranken, Herausbildung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Politik, der Wissenschaft usw.

Beide Tendenzen sind ein Weltgesetz des Kapitalismus. Die erste überwiegt im Anfangs Stadium seiner Entwicklung, die zweite kennzeichnet den reifen, seiner Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft entgegengehenden Kapitalismus. Das nationale Programm der Marxisten rechnet mit beiden Tendenzen, es verfährt erstens die Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen, die Unzulässigkeit aller wie immer gearteten *Privilegien* in dieser Hinsicht (aber auch das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, wovon eigens weiter unten die Rede sein wird) und zweitens den Grundsatz des Internationalismus und des unversöhnlichen Kampfes gegen die Verseuchung des Proletariats mit bürgerlichem Nationalismus, und sei es auch in seiner verfeinertsten Form.

Man fragt sich: Worum handelt es sich eigentlich bei unserem Bundisten, wenn er ein Wehgeschrei über das „Assimilantentum“ erhebt? Von Gewalttaten gegen Nationen, von *Privilegien* einer der Nationen *konnte* er hier nicht reden, denn der Ausdruck „Assimilantentum“ paßt überhaupt nicht hierher; denn alle Marxisten haben, sowohl einzeln wie auch als offizielles, einheitliches Ganzes, selbst die allergeringste nationale Vergewaltigung, Knechtung und Rechtsungleichheit ganz entschieden und unzweideutig verurteilt; denn schließlich ist auch in dem Artikel der „Sewernaja Prawda“, über den der Bundist hergefallen ist, dieser allgemeine marxistische Gedanke mit unbedingter Entschiedenheit ausgesprochen.

Nein. Hier sind keine Ausflüchte möglich. Als Herr Libman das „Assimilantentum“ verurteilte, verstand er darunter nicht Gewalttaten, nicht Rechtsungleichheit, *nicht* Privilegien. Bleibt nun nach Abstrich jeglicher Gewalt und jeglicher Rechtsungleichheit von dem Begriff des Assimilantentums noch etwas Reales übrig?

Unbedingt ja. Es bleibt jene welthistorische Tendenz des Kapitalismus zur Niederreißung der nationalen Schranken, zur Verwischung der nationalen Unterschiede, zur *Assimilation* der Nationen, die mit jedem Jahrzehnt immer mächtiger hervortritt und eine der größten Triebkräfte darstellt, die den Kapitalismus in Sozialismus verwandeln.

Wer die Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen nicht anerkennt und nicht verteidigt, wer nicht jede nationale Unterdrückung oder Rechtsungleichheit bekämpft, der ist kein Marxist, der ist nicht einmal ein Demokrat. Das unterliegt keinem Zweifel. Aber ebensowenig unterliegt es einem Zweifel, daß ein Quasimarxist, der einen Marxisten einer anderen Nation wegen „Assimilantentum“ nach Strich und Faden heruntermacht, in Wirklichkeit einfach ein *nationalistischer Spießher* ist. Zu dieser wenig achtbaren Kategorie von Menschen gehören alle Bundisten und (wie wir gleich sehen werden) die ukrainischen Nationalsozialen vom Schlage der Herren L. Jurkewitsch, Donzow und Co.

Um konkret zu zeigen, wie völlig reaktionär die Anschauungen dieser nationalistischen Spießher sind, werden wir Material von dreierlei Art beibringen.

Am meisten wettern gegen das „Assimilantentum“ der russischen orthodoxen Marxisten die jüdischen Nationalisten in Rußland überhaupt und unter ihnen die Bundisten im besonderen. Indessen ist aus den oben angeführten Angaben zu ersehen, daß von den 10½ Millionen Juden, die es in der ganzen Welt gibt, *ungefähr die Hälfte* in der *zivilisierten* Welt in Verhältnissen des *allergrößten* „Assimilantentums“ lebt, während nur die unglücklichen, eingeschüchterten, rechtlosen, von den (russischen und polnischen) Purischkewitsch niedergehaltenen Juden Rußlands und Galiziens in Verhältnissen des *geringsten* „Assimilantentums“, in der größten Absonderung leben, die bis zum „Ansiedlungsgebiet“, bis zum „*numerus clausus*“ und anderen Purischkewitsch-Herrlichkeiten geht.

Die Juden in der zivilisierten Welt sind keine Nation, sie sind meistens assimiliert, sagen K. Kautsky und O. Bauer. Die Juden in Galizien

und in Rußland sind keine Nation, sie sind hier leider (und zwar nicht durch ihre, sondern durch die Schuld der Purischkewitsch) noch eine *Kaste*. Das ist das unbestreitbare Urteil von Leuten, die zweifellos die Geschichte des Judentums kennen und die oben angeführten Tatsachen in Betracht ziehen.

Was besagen nun diese Tatsachen? Sie besagen, daß gegen das „Assimilantentum“ nur reaktionäre jüdische Spießer ein Geschrei erheben können, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, die es nicht von den Zuständen in Rußland und Galizien zu den Zuständen in Paris und New York, sondern umgekehrt laufen lassen wollen.

Niemals haben die besten Männer des Judentums, in der Weltgeschichte berühmte Männer, die fortschrittliche Führer der Demokratie und des Sozialismus in der ganzen Welt wurden, gegen das Assimilantentum gewettert. Gegen das Assimilantentum wettern nur die andächtigen Betrachter des jüdischen „Hinterteils“.

Eine annähernde Vorstellung davon, in welchem Umfang sich der Prozeß der Assimilation der Nationen unter den modernen Verhältnissen des fortgeschrittenen Kapitalismus überhaupt vollzieht, kann man sich z. B. auf Grund der Angaben über die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika machen. Europa hat in den zehn Jahren von 1891 bis 1900 3,7 Millionen Menschen und in den neun Jahren von 1901 bis 1909 7,2 Millionen Menschen dorthin abgegeben. Bei der Volkszählung im Jahre 1900 wurden in den Vereinigten Staaten über 10 Millionen Ausländer gezählt. Der Staat New York, in dem es laut dieser Volkszählung über 78 000 Österreicher, 136 000 Engländer, 20 000 Franzosen, 480 000 Deutsche, 37 000 Ungarn, 425 000 Iren, 182 000 Italiener, 70 000 Polen, 166 000 Einwanderer aus Rußland (größtenteils Juden), 43 000 Schweden usw. gab, gleicht einer Mühle, die die nationalen Unterschiede vermahlt. Und was im großen, internationalen Ausmaß in New York vor sich geht, geschieht auch in *jeder* großen Stadt und in *jeder* Fabriksiedlung.

Wer nicht in nationalistischen Vorurteilen versumpft ist, kann nicht umhin, in diesem, durch den Kapitalismus bewirkten Assimilationsprozeß der Nationen einen gewaltigen geschichtlichen Fortschritt, die Beseitigung der nationalen Verknöcherung der verschiedensten Krähwinkel zu sehen, die es namentlich in rückständigen Ländern wie Rußland gibt.

Nehmen wir Rußland und das Verhältnis der Großrussen zu den Ukrainern. Selbstverständlich wird jeder Demokrat, von einem Marxisten gar nicht zu reden, entschieden gegen die unerhörte Erniedrigung der Ukrainer kämpfen und ihre volle Gleichberechtigung verlangen. Es wäre jedoch ein glatter Verrat am Sozialismus und eine einfältige Politik *sogar* vom Standpunkt der bürgerlichen „nationalen Aufgaben“ der Ukrainer, den jetzt im Rahmen eines Staates bestehenden Zusammenhalt und Bund des ukrainischen Proletariats mit dem großrussischen Proletariat zu *schwächen*.

Herr Lew Jurkewitsch, der sich auch als „Marxist“ bezeichnet (armer Marx!), liefert ein Musterbeispiel dieser einfältigen Politik. Im Jahre 1906, so schreibt Herr Jurkewitsch, hätten Sokolowski (Bassok) und Lukaschewitsch (Tutschapski) behauptet, das ukrainische Proletariat sei gänzlich russifiziert und bedürfe keiner besonderen Organisation. Ohne den Versuch zu machen, auch nur eine einzige Tatsache *zum Wesen der frage* anzuführen, fällt Herr Jurkewitsch deshalb über beide her und schreit hysterisch – ganz im Geiste des übelsten, stumpfsinnigsten und reaktionärsten Nationalismus –, das sei doch „nationale Passivität“, „Abschwörung der Nationalität“, diese Leute hätten „die ukrainischen Marxisten gespalten(!)“ usw. Bei uns sei jetzt ungeachtet des „Aufschwungs des ukrainischen Nationalbewußtseins unter den Arbeitern“ eine *Minderheit* der Arbeiter „nationalbewußt“, während die Mehrheit – so versichert Herr Jurkewitsch – „noch unter dem Einfluß der russischen Kultur steht“. Unsere Aufgabe – so ruft der nationalistische Spießer aus – ist es, „nicht den Massen zu folgen, sondern sie zu führen und ihnen die nationalen Aufgaben klarzumachen“ („Dswin“, S. 89).

Diese ganze Betrachtung des Herrn Jurkewitsch ist durch und durch bürgerlich-nationalistisch. Aber selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Nationalisten, von denen die einen volle Gleichberechtigung und Autonomie der Ukraine, die anderen einen unabhängigen ukrainischen Staat wollen, hält diese Betrachtung keiner Kritik stand. Gegner der Freiheitsbestrebungen der Ukrainer ist die Klasse der großrussischen und polnischen Gutsbesitzer, sodann die Bourgeoisie eben dieser beiden Nationen. Welche gesellschaftliche Kraft ist fähig, diesen Klassen Paroli zu bieten? Das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat eine faktische Antwort gegeben: Diese Kraft ist einzig und allein die Arbeiterklasse, die mit sich die demo-

kratische Bauernschaft führt. Durch sein Bestreben, die wirklich demokratische Kraft, bei deren Sieg nationale Vergewaltigung unmöglich wäre, zu spalten und somit zu schwächen, verrät Herr Jurkewitsch die Interessen nicht nur der Demokratie überhaupt, sondern auch die seiner Heimat, der Ukraine. Bei einheitlichem Vorgehen der großrussischen und der ukrainischen Proletarier ist eine freie Ukraine *möglich*, ohne eine solche Einheit kann davon nicht einmal die Rede sein.

Die Marxisten beschränken sich jedoch nicht auf den bürgerlich-nationalen Standpunkt. Schon seit mehreren Jahrzehnten verläuft der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung ganz deutlich im Süden rascher, d. h. in der Ukraine, die aus Großrußland Zehntausende und Hunderttausende von Bauern und Arbeitern in die kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe, Bergwerke und Städte zieht. Die Tatsache, daß sich – innerhalb dieser Grenzen – das großrussische und das ukrainische Proletariat „assimilieren“, unterliegt keinem Zweifel. *Und dies ist zweifellos* eine fortschrittliche Tatsache. Der Kapitalismus setzt an die Stelle des stumpfsinnigen, zurückgebliebenen, seßhaften und hinterwäldlerischen großrussischen oder ukrainischen Bauern den beweglichen Proletarier, dessen Lebensbedingungen die spezifisch nationale Beschränktheit, die großrussische wie die ukrainische, sprengen. Angenommen, zwischen Großrußland und der Ukraine wird es mit der Zeit eine Staatsgrenze geben – auch in diesem Fall wird die geschichtliche Fortschrittlichkeit der „Assimilation“ der großrussischen und der ukrainischen Arbeiter ebensowenig einem Zweifel unterliegen wie die Fortschrittlichkeit des Vermahlens der Nationen in Amerika. Je freier die Ukraine und Großrußland sein werden, desto *umfassender und rascher* wird sich der Kapitalismus entwickeln, der dann in noch stärkerem Maße Arbeitermassen, Arbeiter *sämtlicher* Nationalitäten aus allen Gebieten des Staates und aus allen Nachbarstaaten (falls Rußland zum Nachbarstaat der Ukraine werden sollte), in die Städte, in die Bergwerke und Fabriken ziehen wird.

Herr Lew Jurkewitsch handelt wie ein echter Bourgeois und obendrein wie ein kurzsichtiger, beschränkter, stumpfsinniger Bourgeois, d. h. wie ein Spießer, wenn er um eines momentanen Erfolgs der ukrainischen nationalen Sache willen die Interessen der Verbindung, der Verschmelzung, der Assimilation des *Proletariats* der beiden Nationen verwirft. Zuerst die nationale Sache und dann erst die proletarische, sagen die

bürgerlichen Nationalisten, und die Herren Jurkewitsch, Donzow und ähnliche Jammermarxisten plappern es ihnen nach. Allem voran die Sache des Proletariats, sagen wir, denn sie sichert nicht nur die dauernden, grundlegenden Interessen der Arbeit und die Interessen der Menschheit, sondern auch die Interessen der Demokratie, ohne Demokratie aber ist weder eine autonome noch eine unabhängige Ukraine denkbar.

Schließlich muß aus der an nationalistischen Perlen so ungewöhnlich reichen Betrachtung des Herrn Jurkewitsch noch folgendes erwähnt werden. Eine Minderheit der ukrainischen Arbeiter sei nationalbewußt, sagt er, während „die Mehrheit noch unter dem Einfluß der russischen Kultur steht“.

Wenn es sich um das Proletariat handelt, so ist diese Gegenüberstellung der ukrainischen Kultur, als Ganzes genommen, und der großrussischen Kultur, gleichfalls als Ganzes, der schamloseste Verrat an den Interessen des Proletariats zugunsten des bürgerlichen Nationalismus.

Es gibt zwei Nationen in jeder modernen Nation, sagen wir allen Nationalsozialen. Es gibt zwei nationale Kulturen in jeder nationalen Kultur. Es gibt eine großrussische Kultur der Purischkewitsch, Gutschkow und Struve, es gibt aber auch eine großrussische Kultur, die durch die Namen Tschernyschewski und Plechanow charakterisiert wird. Ebenso gibt es *zwei derartige* Kulturen bei den Ukrainern, wie auch in Deutschland, Frankreich, England, bei den Juden usw. Wenn die Mehrheit der ukrainischen Arbeiter unter dem Einfluß der großrussischen Kultur steht, so wissen wir bestimmt, daß hier neben den Ideen der pfäffischen und bürgerlichen großrussischen Kultur auch die Ideen der großrussischen Demokratie und Sozialdemokratie wirksam sind. In seinem Kampf gegen die „Kultur“ der ersten Art wird der ukrainische *Marxist* stets die Kultur der zweiten Art herausheben und seinen Arbeitern sagen: „Jede Möglichkeit der Verbindung mit dem großrussischen klassenbewußten Arbeiter, mit seiner Literatur, seinem Ideenkreis müßt ihr unbedingt mit allen Kräften wahrnehmen, ausnutzen, festhalten – das erfordern die grundlegenden Interessen *sowohl* der ukrainischen als *auch* der großrussischen Arbeiterbewegung.“

Sollte sich ein ukrainischer *Marxist* von dem *durchaus berechtigten und natürlichen* Haß gegen die großrussischen Unterdrücker *so weit* hinreißen lassen, auch nur einen winzigen Teil dieses Hasses, auch nur das

Gefühl der Entfremdung auf die proletarische Kultur und die proletarische Sache der großrussischen Arbeiter zu übertragen, so wird dieser Marxist damit in den Sumpf des bürgerlichen Nationalismus abgleiten. Genauso wird ein großrussischer Marxist in den Sumpf des Nationalismus abgleiten, nicht nur des bürgerlichen, sondern auch des Nationalismus der Schwarzhunderter, wenn er auch nur für eine Minute die Forderung der vollen Gleichberechtigung der Ukrainer oder ihr *Recht* auf Bildung eines selbständigen Staates vergessen sollte.

Die großrussischen und ukrainischen Arbeiter müssen gemeinsam und, solange sie in *einem* Staat leben, in engster organisatorischer Einheit und Verschmolzenheit für die allgemeine oder internationale Kultur der proletarischen Bewegung eintreten und in der Frage, in welcher Sprache sie propagiert wird und was für rein örtliche oder rein nationale *Besonderheiten* in dieser Propaganda berücksichtigt werden, absolute Toleranz üben. Das ist eine unbedingte Forderung des Marxismus. Jede Propagierung der Trennung der Arbeiter einer Nation von einer anderen, alle Ausfälle gegen marxistisches „Assimilantentum“, jede Gegenüberstellung der einen nationalen Kultur, als Ganzes genommen, und einer anderen, angeblich ein Ganzes darstellenden nationalen Kultur in Fragen, die das Proletariat betreffen, usw. ist *bürgerlicher* Nationalismus, gegen den unbedingt ein erbarmungsloser Kampf geführt werden muß.

4. „NATIONAL-KULTURELLE AUTONOMIE“

Das Problem der Losung der „nationalen Kultur“ ist für Marxisten enorm wichtig nicht nur deshalb, weil sie den ideellen Inhalt unserer ganzen Propaganda und Agitation in der nationalen Frage zum Unterschied von der bürgerlichen Propaganda bestimmt, sondern auch noch deshalb, weil das ganze Programm der berüchtigten national-kulturellen Autonomie auf dieser Losung basiert.

Das fundamentale, prinzipielle Gebrechen dieses Programms besteht darin, daß es danach trachtet, den raffiniertesten und absolutesten, bis zu Ende geführten Nationalismus zu verwirklichen. Das Wesen dieses Programms: Jeder Staatsbürger bekennt sich zu dieser oder jener Nation, und jede Nation bildet ein juristisches Ganzes mit dem Recht obligatorischer

Besteuerung ihrer Mitglieder, mit nationalen Parlamenten (Landtagen) und nationalen „Staatssekretären“ (Ministern).

Eine solche Idee in bezug auf die nationale Frage ähnelt der Idee Proudhons in bezug auf den Kapitalismus. Den Kapitalismus und seine Grundlage, die Warenproduktion, nicht vernichten, sondern diese Grundlage von Mißbräuchen, Auswüchsen usw. *säubern*; den Tausch und den Tauschwert nicht abschaffen, sondern ihn, im Gegenteil, „konstituieren“, ihn zu einem allgemein gültigen, absoluten, „*gerechten*“ Wert machen, der von Schwankungen, Krisen und Mißbräuchen frei wäre – das war Proudhons Idee.

Ebenso kleinbürgerlich wie Proudhon ist, wie seine Theorie den Tausch und die Warenproduktion zu etwas Absolutem macht und zu einer Perle der Schöpfung erhebt, ebenso kleinbürgerlich sind die Theorie und das Programm der „national-kulturellen Autonomie“, die den bürgerlichen Nationalismus zu etwas Absolutem machen, zu einer Perle der Schöpfung erheben und ihn von Gewalt, Ungerechtigkeiten usw. säubern wollen.

Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, mag dieser noch so „gerecht“, „sauber“, verfeinert und zivilisiert sein. Der Marxismus setzt an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit, die vor unseren Augen wächst mit jedem Eisenbahnkilometer, mit jedem internationalen Trust, mit jedem (in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit sowie in seinen Ideen und seinen Bestrebungen internationalen) Arbeiterverband.

Der Grundsatz der Nationalität ist in der bürgerlichen Gesellschaft historisch unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die geschichtliche Berechtigung nationaler Bewegungen durchaus an. Damit aber diese Anerkennung nicht zu einer Apologie des Nationalismus werde, muß sie sich strengstens auf das beschränken, was an diesen Bewegungen fortschrittlich ist, damit sie nicht zur Vernebelung des proletarischen Klassenbewußtseins durch die bürgerliche Ideologie führe.

Fortschrittlich ist das Erwachen der Massen aus dem feudalen Schlaf, ihr Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, für die Souveränität des Volkes, für die Souveränität der Nation. Daher die *unbedingte* Pflicht des Marxisten, auf allen Teilgebieten der nationalen Frage den entschiedensten und konsequentesten Demokratismus zu verfechten. Das ist in der

Hauptsache eine negative Aufgabe. Weiter aber darf das Proletariat in der Unterstützung des Nationalismus nicht gehen, denn dann beginnt die „positive“ (bejahende) Tätigkeit der nach *Stärkung* des Nationalismus strebenden *Bourgeoisie*.

Jedes feudale Joch, jede nationale Unterdrückung, jedwede Privilegien einer der Nationen oder Sprachen abzuschütteln ist die unbedingte Pflicht des Proletariats als einer demokratischen Kraft, ist das unbedingte Interesse des proletarischen Klassenkampfes, der durch den nationalen Hader verdunkelt und gehemmt wird. Aber den bürgerlichen Nationalismus *über* diese streng gezogenen, durch einen bestimmten historischen Rahmen gegebenen Grenzen *hinaus* zu fördern heißt das Proletariat verraten und sich auf die Seite der Bourgeoisie schlagen. Hier gibt es eine Grenze, die oft sehr fein gezogen ist und die die bundistischen und die ukrainischen Nationalsozialen völlig außer acht lassen.

Kampf gegen jede nationale Unterdrückung – unbedingt ja. Kampf *für* jede nationale Entwicklung, *für* die „nationale Kultur“ schlechthin – unbedingt nein. Die wirtschaftliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft liefert uns in der ganzen Welt Beispiele nicht voll entwickelter nationaler Bewegungen, Beispiele für die Bildung großer Nationen aus einer Reihe kleiner oder zum Nachteil einiger kleiner Nationen, Beispiele der Assimilation von Nationen. Der Grundsatz des bürgerlichen Nationalismus ist die Entwicklung der Nationalität schlechthin, daher die Ausschließlichkeit des bürgerlichen Nationalismus, daher der ausweglose nationale Hader. Das Proletariat dagegen übernimmt es keineswegs, die nationale Entwicklung jeder Nation zu verteidigen, sondern im Gegenteil, es warnt die Massen vor solchen Illusionen, setzt sich für die vollste Freiheit des kapitalistischen Verkehrs ein und begrüßt jede Assimilation von Nationen mit Ausnahme der gewaltsam durchgeführten oder auf Privilegien gestützten.

Den Nationalismus in einer bestimmten, „gerecht“ abgegrenzten Sphäre verankern, den Nationalismus „konstituieren“, alle Nationen mit Hilfe einer besonderen staatlichen Institution fest und dauerhaft voneinander absondern – das ist die ideologische Grundlage und der Inhalt der national-kulturellen Autonomie. Dieser Gedanke ist durch und durch bürgerlich und durch und durch falsch. Das Proletariat kann keinerlei Verankerung des Nationalismus unterstützen, im Gegenteil, es unterstützt

alles, was dazu beiträgt, die nationalen Unterschiede zu verwischen, die Schranken zwischen den Nationen niederzureißen, alles, was den Zusammenhalt zwischen den Nationalitäten immer enger gestaltet, alles, was zur Verschmelzung der Nationen führt. Anders handeln heißt sich auf die Seite des reaktionären nationalistischen Spießertums schlagen.

Als das Projekt der national-kulturellen Autonomie auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten in Brünn (1899) zur Behandlung stand, wurde der theoretischen Bewertung dieses Projekts fast gar keine Beachtung geschenkt. Es ist jedoch lehrreich festzustellen, daß folgende zwei Argumente gegen dieses Programm vorgebracht wurden: 1. es würde zur Stärkung des Klerikalismus beitragen, 2. „zur Konsequenz führen, daß der Chauvinismus verewigt und in jede kleine Gemeinde, in jede kleine Gruppe getragen würde“ (S. 92 der offiziellen Protokolle des Brünner Parteitags in deutscher Sprache. Eine russische Übersetzung wurde von der jüdischen nationalistischen Partei „SERP“⁷ herausgegeben).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die „nationale Kultur“ in der üblichen Bedeutung des Wortes, d. h. Schulwesen usw., gegenwärtig in allen Ländern der Welt unter dem vorherrschenden Einfluß von Klerikalen und bürgerlichen Chauvinisten steht. Wenn die Bundisten bei ihrem Eintreten für die „national-kulturelle“ Autonomie sagen, durch die Konstituierung von Nationen werde der Klassenkampf innerhalb dieser Nationen zu einem *reinen*, von allen Nebenerwägungen freien Klassenkampf, so ist das offenkundige und lächerliche Sophisterei. Der wirkliche Klassenkampf wird in jeder kapitalistischen Gesellschaft vor allem auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet geführt. *Hiervon* das Schulwesen abzusondern ist erstens eine unsinnige Utopie, weil man die Schule (wie die „nationale Kultur“ überhaupt) nicht von der Wirtschaft und der Politik trennen kann; zweitens aber *zwingt* gerade das wirtschaftliche und politische Leben eines kapitalistischen Landes auf Schritt und Tritt dazu, die widersinnigen und veralteten nationalen Schranken und Vorurteile zu zerschlagen, hingegen würde die Absonderung des Schulwesens usw. den „reinen“ Klerikalismus und den „reinen“ bürgerlichen Chauvinismus gerade konservieren, verschärfen und stärken.

In den Aktiengesellschaften sitzen die Kapitalisten verschiedener Nationen einträchtig beisammen, sind ein Herz und eine Seele. In den Fabriken arbeiten Arbeiter verschiedener Nationen zusammen. In jeder

wirklich ernsten und tiefgreifenden politischen Frage erfolgt die Gruppierung nach Klassen und nicht nach Nationen. Das Schulwesen usw. „der Kompetenz des Staates zu entziehen“ und den Nationen zu übergeben ist gerade ein Versuch, das sozusagen am meisten ideologische Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, wo die „reine“ nationale Kultur oder die nationale Kultivierung des Klerikalismus und des Chauvinismus am leichtesten durchzuführen ist, von dem die Nationen verschmelzenden Wirtschaftsleben zu trennen.

In seiner praktischen Verwirklichung würde der Plan einer „exterritorialen“ (nicht regionalen, nicht an das Gebiet, das diese oder jene Nation bewohnt, gebundenen) oder „national-kulturellen“ Autonomie nur das eine bedeuten: *Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten*, d. h. Einführung nationaler Kurien im Schulwesen. Es genügt, sich dieses wahre Wesen des vielgerühmten bundistischen Planes klar vor Augen zu halten, um zu begreifen, wie völlig reaktionär dieser selbst vom Standpunkt der Demokratie ist, ganz zu schweigen vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes für den Sozialismus.

Ein Beispiel und ein Projekt der „Nationalisierung“ des Schulwesens werden deutlich zeigen, worauf es hier ankommt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich bis auf den heutigen Tag die Einteilung in Nord- und Südstaaten auf allen Lebens gebieten erhalten; jene mit den stärksten Traditionen der Freiheit und des Kampfes gegen die Sklavhalter, diese mit den stärksten Traditionen der Sklaverei, mit Überresten der Negerverfolgung, mit wirtschaftlicher Bedrückung und kultureller Niederhaltung der Neger (44% Analphabeten unter den Negern und 6 % unter den Weißen) usw. In den Nordstaaten also lernen die Neger gemeinsam mit den Weißen, in den gleichen Schulen. Im Süden gibt es besondere – „nationale“ oder, wenn man will, rassenmäßige – Schulen für Neger. Wahrscheinlich ist das das einzige Beispiel einer „Nationalisierung“ der Schule in der Praxis.

Im Osten Europas gibt es ein Land, wo bis auf den heutigen Tag Dinge wie die Beilis-Affäre⁸ möglich sind, wo die Juden von den Herren Purischkewitsch zu einem Dasein verurteilt sind, das schlimmer ist als das der Neger. In der Regierung dieses Landes ist unlängst das Projekt einer *Nationalisierung der jüdischen Schule* aufgetaucht. Zum Glück wird diese reaktionäre Utopie kaum verwirklicht werden, ebensowenig wie die Uto-

pie der österreichischen Kleinbürger, die alle Hoffnung auf Verwirklichung einer konsequenten Demokratie und auf das Erlöschen des nationalen Haders verloren und nun für die Nationen besondere *Futterale* im Schulwesen erfunden haben, damit sie sich *wegen der Aufteilung* der Schulen nicht streiten..., sondern sich „konstituieren“ zum Zwecke ewigen Streits der einen „nationalen Kultur“ mit der anderen.

In Österreich ist die national-kulturelle Autonomie in hohem Maße ein Hirngespinnst von Literaten geblieben, das die österreichischen Sozialdemokraten selbst nicht ernst genommen haben. Dafür wurde sie in Rußland von sämtlichen bürgerlichen Parteien des Judentums und einigen spießbürgerlichen, opportunistischen Elementen verschiedener Nationen ins Programm aufgenommen, zum Beispiel von den Bundisten, den Liquidatoren im Kaukasus, der Konferenz der russischen nationalen Parteien der linken Volkstümlerrichtung. (Diese Konferenz – das sei in Parenthese bemerkt – fand im Jahre 1907 statt, und ihr Beschluß wurde *bei Stimmenthaltung* der russischen Sozialrevolutionäre und der polnischen Sozialpatrioten, der PPS⁹, angenommen. Stimmenthaltung ist eine erstaunlich charakteristische Art der Sozialrevolutionäre und der PPS-Leute, zu einer so wichtigen grundsätzlichen Frage auf dem Gebiet des nationalen Programms Stellung zu nehmen!)

In Österreich hat gerade Otto Bauer, der Haupttheoretiker der „national-kulturellen Autonomie“, ein besonderes Kapitel seines Buches dem Nachweis gewidmet, daß es unmöglich sei, dieses Programm auf die Juden anzuwenden. In Rußland haben gerade innerhalb des Judentums sämtliche bürgerlichen Parteien und ihr Nachbeter, der „Bund“, dieses Programm angenommen.* Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Ge-

* Begreiflicherweise bestreiten die Bundisten oft mit außergewöhnlicher Heftigkeit die Tatsache, daß *alle* bürgerlichen Parteien des Judentums die „national-kulturelle Autonomie“ angenommen haben. Diese Tatsache verrät allzu augenfällig die wirkliche Rolle des „Bund“. Als einer der Bundisten, Herr Manin, im „Lutsch“¹⁰ den Versuch machte, die Sache abermals in Abrede zu stellen, wurde er von N. Skop. (siehe „Proswechtschenije“ Nr. 3) völlig entlarvt. Wenn aber Herr Lew Jurkewitsch im „Dswin“ (1913, Nr. 7/8, S.92) aus dem „Proswechtschenije“ (Nr. 3, S. 78) den Satz von N. Sk. zitiert: „Die Bundisten verfechten schon lange – gemeinsam mit allen bürgerlichen jüdischen Parteien und Gruppen – die national-kulturelle Autonomie“, und dieses Zitat *entstellt*, indem er das Wort „Bundisten“ *streicht* und die Worte „national-

schichte durch die politische Praxis eines anderen Staates enthüllt hat, wie sinnlos die Erfindung Bauers ist, ebenso wie die russischen Bernsteinianer (Struve, Tugan-Baranowski, Berdjajew und Co.) durch ihre rapide Evolution vom Marxismus zum Liberalismus den wirklichen Ideengehalt der deutschen Bernsteinidee enthüllt haben.

Weder die österreichischen noch die russischen Sozialdemokraten haben die „national-kulturelle“ Autonomie in ihr Programm aufgenommen. Aber die bürgerlichen Parteien des Judentums in dem rückständigsten Land und eine Reihe kleinbürgerlicher quasisozialistischer Gruppen *haben sie aufgenommen*, um die Ideen des bürgerlichen Nationalismus in raffinierter Form in die Arbeiterschaft zu tragen. Diese Tatsache spricht für sich selbst.

Da wir schon einmal das österreichische Programm in der nationalen Frage berührt haben, können wir nicht umhin, eine von den Bundisten oft verdrehte Wahrheit wieder zu Ehren kommen zu lassen. Auf dem Brünner Parteitag wurde ein reines Programm „national-kultureller Autonomie“ präsentiert. Es war das Programm der südslawischen Sozialdemokratie, dessen Paragraph 2 lautet: „Jedes in Österreich lebende Volk ist, ohne Rücksicht auf die von seinen Mitgliedern bewohnten Territorien, eine autonome Gruppe, welche alle ihre nationalen (sprachlichen und kulturellen) Angelegenheiten ganz selbständig regelt und besorgt.“ Dieses Programm wurde nicht nur von Kristan, sondern auch von dem einflußreichen Ellenbogen verteidigt. Doch man setzte es von der Tagesordnung ab, da sich auch nicht eine einzige Stimme dafür fand. Angenommen wurde ein *territorialistisches* Programm, d. h. ein Programm, nach dem keinerlei nationale Gruppen „ohne Rücksicht auf die von den Mitgliedern einer Nation bewohnten Territorien“ gebildet werden sollen.

Paragraph 3 des angenommenen Programms lautet: „Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen

kulturelle Autonomie“ durch „nationale Rechte“ *ersetzt*, dann kann man nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen!! Herr Lew Jurkewitsch ist nicht nur ein Nationalist, nicht nur ein erstaunlicher Ignorant in der Geschichte der Sozialdemokratie und in ihrem Programm, sondern auch *direkt ein Zitatenfälscher* zugunsten des „Bund“. Es muß schlecht um die Sache des „Bund“ und der Herren Jurkewitsch bestellt sein!

national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt“ (siehe „Proswechtschenije“, 1913, Nr. 4, S. 28¹¹). Es ist klar, daß auch dieses Kompromißprogramm nicht richtig ist. Ein Beispiel zur Erläuterung: Die deutsche Kolonistengemeinde im Gouvernement Saratow plus deutsche Arbeitervorstadt von Riga oder Lodz plus deutsche Siedlung bei Petersburg usw. bilden einen „national einheitlichen Verband“ der Deutschen in Rußland. Es ist offensichtlich, daß Sozialdemokraten so etwas nicht *verlangen*, für die *gesetzliche Festlegung* eines solchen Verbandes nicht eintreten können, obgleich sie selbstverständlich die *Freiheit* aller und jeglicher Verbände, darunter auch eines Verbandes beliebiger Gemeinden einer beliebigen Nationalität in einem gegebenen Staat, keineswegs ablehnen. Aber durch ein staatliches Gesetz die Deutschen usw. aus verschiedenen Gegenden und Klassen Rußlands zu einem einheitlichen nationalen deutschen Verband absondern, damit können sich Pfaffen, Bourgeois, Spießbürger und wer sonst Lust hat befassen – nur nicht Sozialdemokraten.

5. DIE GLEICHBERECHTIGUNG DER NATIONEN UND DIE RECHTE DER NATIONALEN MINDERHEIT

Eine sehr verbreitete Methode der russischen Opportunisten ist es, sich bei Erörterung der nationalen Frage auf das Beispiel Österreichs zu berufen. In meinem Artikel in der „Sewernaja Prawda“* („Proswechtschenije“ Nr. 10, S. 96-98), über den die Opportunisten hergefallen sind (Herr Semkowski in der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“¹², Herr Libman in der „Zait“), behaupte ich, daß es nur eine einzige Lösung der nationalen Frage gibt, soweit eine solche in der Welt des Kapitalismus überhaupt möglich ist, und diese Lösung ist der konsequente Demokratismus. Zum Beweis berufe ich mich unter anderem auf die Schweiz.

Diese Bezugnahme mißfällt den beiden obengenannten Opportunisten, die sich bemühen, sie zu widerlegen oder ihre Bedeutung abzuschwächen. Kautsky, man denke nur, habe gesagt, die Schweiz sei eine Ausnahme; die Schweiz habe eine ganz besondere Dezentralisation, eine besondere

* Siehe den vorliegenden Band, S. 4-7. *Die Red.*

Geschichte, besondere geographische Bedingungen, ganz einzigartige Siedungsverhältnisse der verschiedensprachigen Bevölkerung usw. usf.

Das alles ist lediglich ein Versuch, dem Wesen des Streits *auszuweichen*. Gewiß, die Schweiz ist insofern eine Ausnahme, als sie kein einheitlicher Nationalstaat ist. Aber eine ebensolche Ausnahme (oder Rückständigkeit, wie Kautsky hinzufügt) bilden Österreich und Rußland. Gewiß haben in der Schweiz nur die besonderen, originellen historischen Bedingungen und Lebensgewohnheiten für *mehr* Demokratismus gesorgt als in den meisten ihrer europäischen Nachbarländer.

Aber wozu das alles, wenn von einem *Vorbild* die Rede ist, dem man nacheifern soll? In der ganzen Welt bilden unter den heutigen Verhältnissen Länder, in denen diese oder jene Institution auf *konsequent* demokratischer Grundlage aufgebaut ist, eine Ausnahme. Hindert uns das etwa, in unserem Programm den konsequenten Demokratismus für alle Institutionen zu verfechten?

Die Besonderheit der Schweiz liegt in ihrer Geschichte, in ihren geographischen und sonstigen Verhältnissen. Die Besonderheit Rußlands ist eine in der Epoche der bürgerlichen Revolutionen noch nie dagewesene Stärke des Proletariats und eine schreckliche allgemeine Rückständigkeit des Landes, die bei Strafe aller möglichen Nachteile und Niederlagen eine ungemein rasche und entschiedene Vorwärtsbewegung objektiv notwendig macht.

Wir arbeiten das nationale Programm vom Standpunkt des Proletariats aus; seit wann nun empfiehlt es sich, die schlechtesten Beispiele statt der besten als Vorbilder zu nehmen?

Bleibt es nicht auf jeden Fall eine unbestrittene und unbestreitbare Tatsache, daß der nationale Frieden unter dem Kapitalismus (soweit er überhaupt zu verwirklichen ist) *ausschließlich* in Ländern mit konsequentem Demokratismus verwirklicht ist?

Steht das einmal fest, dann sind die beharrlichen Berufungen der Opportunisten auf Österreich statt auf die Schweiz eine echt kadettische Methode, denn die Kadetten pflegen stets die schlechtesten und nicht die besten europäischen Verfassungen abzuschreiben.

In der Schweiz gibt es *drei* Staatssprachen, bei einem Volksentscheid aber werden die Gesetzentwürfe in *fünf* Sprachen veröffentlicht, das heißt außer in den drei Staatssprachen noch in zwei „romanischen“ Dialekten.

Diese beiden Dialekte sprechen laut Volkszählung vom Jahre 1900 in der Schweiz 38 651 von 3 315 443 Einwohnern, d. h. etwas mehr als *ein Prozent*. In der Armee wird den Offizieren und Unteroffizieren „die weitestgehende Freiheit eingeräumt, die Soldaten in deren Muttersprache anzureden“. In den Kantonen Graubünden und Wallis (jeder hat etwas mehr als hunderttausend Einwohner) genießen die beiden Dialekte volle Gleichberechtigung.*

Fragt sich nun, sollen wir diese aus dem Leben geschöpften *Erfahrungen* eines fortschrittlichen Landes propagieren und verfechten oder bei den Österreichern *Hirngespinnste* entlehnen, die noch nirgends in der Welt ausprobiert (und von den Österreichern selbst noch nicht angenommen) worden sind, vom Schlage der „exterritorialen Autonomie“?

Dieses Hirngespinnst propagieren heißt die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten propagieren, d. h. eine direkt schädliche Propaganda betreiben. Die Erfahrungen der Schweiz aber zeigen, daß die Sicherung des (relativ) größten nationalen Friedens bei (wiederum relativ) konsequentem Demokratismus des Gesamtstaates *in der Praxis möglich und verwirklicht ist*.

„Eine *Nationalitätenfrage* im osteuropäischen Sinne“, schreiben Leute, die diese Frage untersucht haben, „*gibt es* in der Schweiz *nicht*. Schon das Wort (Nationalitätenfrage) ist hier unbekannt. . .“ „Die Schweiz hat ihren Nationalitätenkampf schon hinter sich . . . (1797 bis 1803).“**

Das besagt, daß die Epoche der Großen Französischen Revolution die die fälligen Fragen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus höchst demokratisch löste, nebenbei, im Vorübergehen, auch die nationale Frage „zu lösen“ *verstanden hat*.

Nun sollen die Herren Semkowski, Libman und sonstige Opportunisten versuchen zu behaupten, diese „ausschließlich schweizerische“ Lösung sei *nicht anwendbar* auf einen beliebigen Kreis oder sogar auf einen Teil eines Kreises in Rußland, wo bereits auf 200 000 Einwohner *zwei Dialekte* mit 40 000 Staatsbürgern kommen, die in ihrem Gebiet die *volle sprachliche Gleichberechtigung* anstreben!

Wo die volle Gleichberechtigung der Nationen und der Sprachen

* Siehe René Henry, „La Suisse et la question des langues“ (Die Schweiz und die Sprachenfrage. *Die Red.*), Bern 1907.

** Siehe Ed. Blocher, „Die Nationalitäten in der Schweiz“, Berlin 1910.

propagiert wird, dort werden in jeder Nation allein die konsequent demokratischen Elemente (d. h. nur die Proletarier) herausgehoben und nicht entsprechend der Nationalität, sondern entsprechend ihrem Streben nach tiefgreifenden und ernstlichen Verbesserungen der gesamten Staatsordnung *vereinigt*. Wo dagegen die „national-kulturelle Autonomie“ propagiert wird, da werden, ungeachtet der frommen Wünsche einzelner Personen und Gruppen, die *Nationen voneinander getrennt* und faktisch die Arbeiter *einer* Nation *ihrer* Bourgeoisie nähergebracht (Annahme dieser „national-kulturellen Autonomie“ durch sämtliche bürgerlichen Parteien des Judentums).

In unlösbarem Zusammenhang mit dem Grundsatz voller Gleichberechtigung steht die Sicherung der Rechte der nationalen Minderheit. In meinem Artikel in der „Sewernaja Prawda“ ist dieser Grundsatz fast genauso ausgedrückt wie in dem späteren offiziellen und exakteren Beschluß der Beratung der Marxisten*. Dieser Beschluß verlangt „die Aufnahme eines grundlegenden Gesetzes in die Verfassung, wonach alle wie immer gearteten Privilegien der einen oder anderen Nation und alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte einer nationalen Minderheit für ungültig erklärt werden“.

Herr Libman versucht, über diese Formulierung zu spotten, indem er fragt: „Woher weiß man denn, worin die Rechte einer nationalen Minderheit bestehen?“ Gehöre beispielsweise zu diesen Rechten etwa das Recht auf ein „eigenes Programm“ in den nationalen Schulen? Wie groß müsse eine nationale Minderheit sein, um das Recht auf eigene Richter, Beamte, Schulen mit Unterricht in der Muttersprache zu haben? Herr Libman will aus diesen Fragen die Notwendigkeit eines „positiven“ nationalen Programms ableiten.

In Wirklichkeit aber zeigen diese Fragen anschaulich, welche reaktionären Dinge unser Bundist unter dem Deckmantel eines Streites um angeblich geringfügige Details und Einzelheiten durchschmuggelt.

Ein „eigenes Programm“ in einer eigenen nationalen Schule!... Die Marxisten, mein lieber Nationalsozialer, besitzen ein *allgemeines* Schulprogramm, das zum Beispiel unbedingt die weltliche Schule fordert. Vom Standpunkt der Marxisten ist in einem demokratischen Staat nirgends und niemals eine *Abkehr* von diesem allgemeinen Programm zulässig

* Siehe Anmerkung 25. *Der Übers.*

(seine Vervollständigung durch irgendwelche „lokalen“ Fächer, Sprachen usw. erfolgt auf Beschluß der örtlichen Bevölkerung). Aus dem Grundsatz, das Schulwesen „der Kompetenz des Staates zu entziehen“ und es den Nationen zu überlassen, folgt jedoch, daß wir Arbeiter in unserem, dem demokratischen Staat es den „Nationen“ anheimstellen, Volksgelder für eine klerikale Schule zu verwenden! Herr Libman hat, ohne es selbst zu bemerken, den reaktionären Charakter der „national-kulturellen Autonomie“ anschaulich demonstriert!

„Wie groß muß eine nationale Minderheit sein?“ Darüber enthält sogar das den Bundisten so ans Herz gewachsene österreichische Programm keine Bestimmung. Es besagt (noch kürzer und noch weniger klar als bei uns): „Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.“ (§ 4 des Brünner Programms.)

Warum hat noch niemand den österreichischen Sozialdemokraten mit der Frage zugesetzt, wie denn nun dieses Gesetz zu gestalten sei? Welcher Minderheit es denn nun Rechte gewährleisten soll und welche Rechte das sein sollen?

Darum, weil alle vernünftigen Menschen begreifen, daß es unangebracht und unmöglich ist, in einem Programm Einzelheiten zu bestimmen. Ein Programm stellt lediglich die Grundprinzipien fest. Im gegebenen Fall wird das Grundprinzip von den Österreichern stillschweigend vorausgesetzt, während es in dem Beschluß der letzten Beratung der Marxisten Rußlands direkt ausgesprochen wird. Dieses Prinzip ist: Unzulässigkeit jeglicher nationaler Privilegien und jeglicher nationalen Rechtsungleichheit.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel, um dem Bundisten die Frage klarzumachen. In der Stadt St. Petersburg gab es nach der Schulzählung vom 18. Januar 1911 in den Elementarschulen des Ministeriums für Volks-„bildung“ 48 076 Schüler. Davon entfielen auf die Juden 396, d. h. weniger als ein Prozent. Ferner gab es unter den Schülern zwei Rumänen, einen Georgier, drei Armenier usw.¹³ Läßt sich ein „positives“ nationales Programm aufstellen, das diese Mannigfaltigkeit der Verhältnisse und Bedingungen erfaßt? (Und Petersburg ist selbstverständlich längst nicht die „bunteste“ Nationalitätenstadt in Rußland.) Es scheint, daß nicht einmal Spezialisten für nationale „Feinheiten“ vom Schlage der Bundisten ein solches Programm zustande bringen werden.

Und doch, gäbe es in der Staatsverfassung ein grundlegendes Gesetz über die Ungültigkeit aller wie immer gearteten, die Rechte einer Minderheit verletzenden Maßnahmen, so könnte jeder beliebige Staatsbürger die Aufhebung einer Verfügung verlangen, die es beispielsweise ablehnen würde, besondere Lehrer der jiddischen Sprache, der jüdischen Geschichte usw. auf Staatskosten anzustellen oder von Staats wegen Schulräume für jüdische, armenische, rumänische Kinder, ja sogar für ein einziges georgisches Kind zur Verfügung zu stellen. Jedenfalls ist nichts Unmögliches daran, auf der Grundlage der Gleichberechtigung alle vernünftigen und berechtigten Wünsche der nationalen Minderheiten zu befriedigen, und niemand wird behaupten, daß die Propaganda der Gleichberechtigung schädlich sei. Dagegen wäre eine Propaganda für die Trennung des Schulwesens nach Nationen, die Propaganda beispielsweise einer besonderen jüdischen Schule für die jüdischen Kinder in Petersburg unbedingt schädlich und die Schaffung nationaler Schulen für *jede* nationale Minderheit, für ein, zwei, drei Kinder, direkt unmöglich.

Ferner ist es unmöglich, in irgendeinem für den ganzen Staat geltenden Gesetz zu bestimmen, wie groß eine nationale Minderheit sein muß, damit sie ein Recht habe auf eine besondere Schule oder besondere Lehrer in Ergänzungsfächern usw.

Dagegen kann ein für den ganzen Staat geltendes Gesetz über die Gleichberechtigung in besonderen Verordnungen, in Beschlüssen der Gebietslandtage, Städte, Semstvos, Gemeinden usw. sehr wohl detailliert ausgearbeitet und weiterentwickelt werden.

6. ZENTRALISATION UND AUTONOMIE

Herr Libman schreibt in seiner Erwiderung:

„Man nehme bei uns Litauen, die baltischen Provinzen, Polen, Wolhynien, Südrußland usw., und man wird überall eine *gemischte* Bevölkerung vorfinden; es gibt dort keine einzige Stadt ohne eine große nationale Minderheit. Mag man die Dezentralisierung noch so weit treiben, stets wird man in verschiedenen Ortschaften (hauptsächlich in den Stadtgemeinden) verschiedene Nationalitäten beieinander finden, und gerade der Demokratismus liefert die nationale Minderheit der nationalen Mehrheit aus. Bekanntlich aber steht W. I. einem solchen föderativen Staatsaufbau und einer endlosen Dezentralisation, wie die

Schweizerische Eidgenossenschaft sie hat, feindlich gegenüber. Fragt sich nun, weshalb er die Schweiz als Beispiel angeführt hat.“

Weshalb ich das Beispiel der Schweiz angeführt habe, ist bereits oben erläutert worden. Ebenso wurde auch erläutert, daß das Problem, wie die Rechte der nationalen Minderheit zu schützen sind, *nur* durch ein für den ganzen Staat geltendes Gesetz in einem konsequent demokratischen, nicht vom Grundsatz der Gleichberechtigung abweichenden Staate lösbar ist. In dem angeführten Zitat aber wiederholt Herr Libman noch eine der gangbarsten (und unrichtigsten) Einwendungen (oder skeptischen Bemerkungen), die gewöhnlich gegen das marxistische nationale Programm erhoben werden und deshalb eine Untersuchung verdienen.

Die Marxisten stehen selbstverständlich der Föderation und der Dezentralisation feindlich gegenüber, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Kapitalismus für seine Entwicklung möglichst große und möglichst zentralisierte Staaten verlangt. *Unter sonst gleichbleibenden Umständen* wird das klassenbewußte Proletariat stets für einen größeren Staat eintreten. Es wird stets gegen mittelalterlichen Partikularismus ankämpfen, wird stets den möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenschluß zu großen Territorien begrüßen, auf denen sich der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie breit entfalten kann.

Eine breite und rasche Entfaltung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus *erfordert* große, staatlich zusammengeschlossene und vereinigte Territorien, auf denen allein – alle alten, mittelalterlichen, ständischen, englokalen, kleinnationalen, konfessionellen und sonstigen Schranken niederreißend – die Klasse der Bourgeoisie, und mit ihr auch ihr unvermeidlicher Antipode, die Klasse der Proletarier, sich zusammenschließen kann.

Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, d. h. auf Los-trennung und Bildung eines selbständigen Nationalstaates, werden wir noch gesondert sprechen.* Aber solange und soweit verschiedene Nationen einen Einheitsstaat bilden, werden die Marxisten unter keinen Umständen das föderative Prinzip oder die Dezentralisation propagieren. Ein zentralisierter Großstaat ist ein gewaltiger historischer Schritt vorwärts auf dem Wege von der mittelalterlichen Zersplitterung zur künftigen sozialistischen Einheit der ganzen Welt, und einen anderen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 395-461. *Die Red.*

Weg zum Sozialismus als *über* einen solchen (mit dem Kapitalismus *unlösbar* verknüpften) Staat gibt es nicht und kann es nicht geben.

Es wäre jedoch unverzeihlich zu vergessen, daß wir, wenn wir den Zentralismus verfechten, ausschließlich den *demokratischen* Zentralismus verfechten. In dieser Beziehung haben alle Spießherren überhaupt und das nationalistische Spießertum (darunter auch der verstorbene Dragomanow¹⁴) im besonderen die Frage dermaßen verwirrt, daß man immer von neuem seine Zeit auf ihre Entwirrung verwenden muß.

Der demokratische Zentralismus schließt die lokale Selbstverwaltung mit einer *Autonomie* für Gebiete, die sich durch besondere Wirtschafts- und Lebensbedingungen, durch eine besondere nationale Zusammensetzung der Bevölkerung usw. auszeichnen, keineswegs aus, er verlangt im Gegenteil notwendigerweise *sowohl das eine als auch das andere*. Bei uns wird fortwährend Zentralismus mit Willkür und Bürokratismus verwechselt. Die Geschichte Rußlands mußte naturgemäß eine solche Verwechslung verursachen, aber für einen Marxisten bleibt sie trotzdem ganz unverzeihlich.

Das läßt sich am besten an einem konkreten Beispiel erläutern.

Rosa Luxemburg macht in ihrem ausführlichen Artikel „Nationale Frage und Autonomie“* unter zahlreichen anderen ergötzlichen Fehlern (darüber weiter unten) den besonders ergötzlichen Fehler, daß sie die Forderung der Autonomie auf Polen allein zu *beschränken* versucht.

Sehen wir jedoch zunächst zu, *wie* sie die Autonomie definiert.

Rosa Luxemburg erkennt an – und als Marxistin ist sie natürlich hierzu verpflichtet –, daß alle für die kapitalistische Gesellschaft wichtigen und wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Fragen keinesfalls in die Kompetenz der autonomen Landtage einzelner Gebiete fallen dürfen, sondern ausschließlich vom zentralen gesamtstaatlichen Parlament geregelt werden müssen. Zu diesen Fragen gehören: die Zollpolitik, die Industrie und Handelsgesetzgebung, das Verkehrs und Nachrichtenwesen (Eisenbahn, Post, Telegraf, Telefon usw.), das Militärwesen, das Steuersystem, das Zivil ** und Strafrecht, die allgemeinen Grundsätze des

* „Przeegl d Socjaldemokratyczny“¹⁵, Krakow 1908 und 1909.

** Rosa Luxemburg geht bei der Entwicklung ihres Gedankens sogar auf Einzelheiten ein und erwähnt z. B. mit vollem Recht die Ehescheidungsgesetzgebung (Nr. 12, S. 162 der genannten Zeitschrift).

Schulwesens (zum Beispiel Gesetze über die ausschließlich weltliche Schule, die allgemeine Schulpflicht, den Minimal Lehrplan, eine demokratische Schulordnung usw.), die Arbeitsschutzgesetzgebung, die politischen Freiheiten (Koalitionsrecht) usw. usf.

Die autonomen Landtage sind – auf der Grundlage der gesamtstaatlichen Gesetzgebung – für Fragen zuständig, die von rein lokaler, regionaler oder rein nationaler Bedeutung sind. Rosa Luxemburg entwickelt auch diesen Gedanken sehr – um nicht zu sagen übermäßig – detailliert, so weist sie zum Beispiel hin auf den Bau von Lokalbahnen (Nr. 12, S. 149), auf örtliche Landstraßen (Nr. 14/15, S. 376) usw.

Es liegt klar auf der Hand, daß man sich einen modernen, wirklich demokratischen Staat *ohne* Gewährung einer solchen Autonomie für jedes Gebiet mit nur einigermaßen wesentlicher Eigenart der Wirtschafts und Lebensverhältnisse, mit besonderer nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung usw. nicht vorstellen kann. Das Prinzip des Zentralismus, der im Interesse der Entwicklung des Kapitalismus unentbehrlich ist, wird durch eine solche (lokale und regionale) Autonomie nicht nur nicht untergraben, sondern im Gegenteil gerade dank ihr – *demokratisch* und nicht bürokratisch – verwirklicht. Die umfassende, freie und schnelle Entwicklung des Kapitalismus wäre unmöglich oder zumindest äußerst erschwert *ohne* eine solche Autonomie, die sowohl die Konzentration des Kapitals als auch die Entfaltung der Produktivkräfte sowie den Zusammenschluß der Bourgeoisie und des Proletariats im *gesamtstaatlichen* Maßstab *erleichtert*. Denn die bürokratische Einmischung in *rein* lokale (regionale, nationale usw.) Angelegenheiten ist eins der allergrößten Hindernisse für die wirtschaftliche und politische Entwicklung überhaupt und im besonderen ein Hindernis für den *Zentralismus* in gewichtigen, großen, grundlegenden Fragen.

Deshalb kann man sich kaum eines Lächelns erwehren, wenn man liest, wie unsere prächtige Rosa Luxemburg bemüht ist, mit ernstester Miene und in „rein marxistischen“ Worten nachzuweisen, daß die Forderung nach Autonomie *allein* auf Polen anwendbar sei, *nur* als Ausnahme! Selbstverständlich gibt es hier keine Spur von „Lokal“patriotismus – hier sind lediglich „sachliche“ Erwägungen im Spiel ... zum Beispiel in bezug auf Litauen.

Rosa Luxemburg nimmt vier Gouvernements: Wilna, Kowno, Grodno

und Suwalki und versichert den Lesern (und sich selbst), daß die Litauer „hauptsächlich“ in diesen Gouvernements leben, wobei sie nach Zusammenzählung der Bevölkerung dieser Gouvernements 23% Litauer und, rechnet man die Shmuden zu den Litauern, 31 % der Gesamtbevölkerung erhält, das heißt weniger als ein Drittel. Die Schlußfolgerung lautet selbstverständlich, daß der Gedanke einer Autonomie Litauens „willkürlich und erkünstelt“ sei (Nr. 10, S. 807).

Der mit den allbekannten Mängeln unserer russischen amtlichen Statistik vertraute Leser wird sofort den Fehler Rosa Luxemburgs erkennen. Weshalb war es nötig, das Gouvernement Grodno zu nehmen, wo die Litauer nur 0,2%, *zwei Zehntel Prozent*, ausmachen? Wozu war es nötig, das ganze Gouvernement Wilna und nicht bloß den Kreis Troki zu nehmen, wo die Litauer die *Mehrheit* der Bevölkerung bilden? Wozu war es nötig, das ganze Gouvernement Suwalki zu nehmen, wodurch die Zahl der Litauer mit 52% seiner Bevölkerung bestimmt wird, nicht aber die litauischen Kreise dieses Gouvernements, d. h. die fünf der sieben Kreise, in denen die Litauer 72 % der Bevölkerung ausmachen?

Es ist lächerlich, von den Bedingungen und Erfordernissen des modernen Kapitalismus zu sprechen und sich dabei nicht an die „moderne“, nicht an die „kapitalistische“, sondern an die mittelalterliche, feudale, amtsbürokratische administrative Einteilung Rußlands zu halten, noch dazu in ihrer größten Form (Gouvernements und nicht Kreise). Es ist sonnenklar, daß keine Rede sein kann von irgendeiner einigermaßen ernst zu nehmenden lokalen Reform in Rußland, ohne daß diese Einteilung beseitigt und durch eine *wirklich* „moderne“ Einteilung ersetzt wird, die wirklich den Forderungen *nicht* des Fiskus, *nicht* der Bürokratie, nicht der Routine, *nicht* der Gutsbesitzer, *nicht* der Pfaffen, sondern den Erfordernissen des Kapitalismus entspricht, wobei zu den modernen Erfordernissen des Kapitalismus zweifelsohne die Forderung größtmöglicher Einheitlichkeit in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung gehören wird, da die Nationalität, die Gleichheit der Sprache ein wichtiger Faktor ist für die vollständige Eroberung des inneren Marktes und für die volle Freiheit des Wirtschaftsverkehrs.

Kurios, daß dieser offenkundige Fehler Rosa Luxemburgs von dem Bundisten Medem wiederholt wird, der nicht die „ungewöhnlichen“ Eigentümlichkeiten Polens nachweisen will, sondern die Untauglichkeit des

Prinzips der territorialen nationalen Autonomie (die Bundisten sind für eine exterritoriale nationale Autonomie!). Unsere Bundisten und Liquidatoren sammeln in der ganzen Welt alle Fehler und alle opportunistischen Schwankungen von Sozialdemokraten verschiedener Länder und verschiedener Nationen, wobei sie unbedingt das Schlechteste von der internationalen Sozialdemokratie in ihr Arsenal übernehmen: Ausschnitte aus den bundistischen und liquidatorischen Schreibereien könnten, zusammengefaßt, ein mustergültiges sozialdemokratisches *Museum des schlechten Geschmacks* abgeben.

Die Gebietsautonomie, belehrt uns Medem, eignet sich für ein Gebiet, für eine „Region“, nicht aber für den lettischen, den estnischen usw. Bezirk mit einer Bevölkerung von einer halben Million bis zu zwei Millionen und der Fläche eines Gouvernements. „*Das wäre keine Autonomie, sondern einfach ein Semstwo ...* Über diesem Semstwo müßte man eine wirkliche Autonomie aufbauen...“, und der Verfasser verurteilt die „Zerreißung“ der alten Gouvernements und Kreise.*

Wirklich „zerrissen“ und verstümmelt werden die Bedingungen für den modernen Kapitalismus durch die Beibehaltung der mittelalterlichen, aus der Zeit der Leibeigenschaft stammenden, fiskalisch-administrativen Einteilung. Nur vom Geist dieser Einteilung erfüllte Menschen können „mit gelehrter Kennermiene“ über die Gegenüberstellung von „Semstwo“ und „Autonomie“ rasonieren und sich darum sorgen, daß der Schablone nach großen Gebieten die „Autonomie“ und kleinen Gebieten das Semstwo zukomme. Der moderne Kapitalismus erfordert diese bürokratischen Schablonen gar nicht. Warum es keine autonomen nationalen Bezirke geben kann mit einer Bevölkerung von nicht nur einer halben Million, sondern auch schon von 50 000 Einwohnern, warum sich solche Bezirke nicht auf die verschiedenste Art und Weise mit Nachbarbezirken verschiedener Größe vereinigen können zu einer einheitlichen autonomen „Region“, wenn das zweckmäßig, wenn das für den Wirtschaftsverkehr erforderlich ist – das alles bleibt ein Geheimnis des Bundisten Medem.

Bemerkt sei, daß das Brünner nationale Programm der Sozialdemokratie sich voll und ganz auf den Boden der territorialen nationalen Autonomie stellt, denn es schlägt vor, Österreich „an Stelle der historischen

* W. Medem, „Zur nationalen Frage in Rußland“, „Westnik Jewropy“¹⁶, 1912, Nr. 8 und 9.

Kronländer“ in „national abgegrenzte“ Selbstverwaltungskörper einzu-teilen (§ 2 des Brünner Programms). So weit würden wir nicht gehen. Zweifellos ist die einheitliche nationale Zusammensetzung der Bevölkerung einer der sichersten Faktoren für einen freien und umfassenden, wirklich modernen Handelsverkehr. Zweifellos wird kein einziger Marxist und sogar kein einziger entschiedener Demokrat die österreichischen Kronländer oder die russischen Gouvernements und Kreise verteidigen (diese sind nicht so schlimm wie die österreichischen Kronländer, aber dennoch sehr schlimm) und die Notwendigkeit bestreiten, diese veraltete Einteilung durch eine der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung möglichst entsprechende Einteilung zu ersetzen. Schließlich ist es zweifellos für die Beseitigung jeder nationalen Unterdrückung äußerst wichtig, autonome Bezirke, sei es von ganz geringer Größe, mit geschlossener, einheitlicher nationaler Zusammensetzung zu scharfen, wobei auch freie Verbände jeglicher Art, Angehörige der betreffenden Nationalität, die in allen Ecken und Enden des Landes oder sogar des Erdballs verstreut sind, zu diesen Bezirken „tendieren“ und mit ihnen Beziehungen anknüpfen könnten. Das alles ist unbestreitbar, das alles kann nur vom Standpunkt verknöchertem Bürokraten aus bestritten werden.

Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung ist zwar *einer* der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren, *nicht* aber der *einzigste und nicht* der wichtigste von ihnen. Die Städte z. B. spielen unter dem Kapitalismus eine *überaus wichtige* wirtschaftliche Rolle, und die Städte zeichnen sich überall – sowohl in Polen als auch in Litauen, in der Ukraine wie in Großrußland usw. – durch die bunte nationale Zusammensetzung der Bevölkerung aus. Es ist absurd und unmöglich, die Städte um des „nationalen“ Moments willen von den wirtschaftlich zu ihnen tendierenden Dörfern und Bezirken zu trennen. Deshalb dürfen sich die Marxisten nicht ganz und ausschließlich auf den Boden des Prinzips „nationaler Territorien“ stellen.

Weit richtiger als die österreichische ist denn auch die von der letzten Beratung der Marxisten Rußlands entworfene Lösung der Aufgabe. In dieser Beratung wurde zu der erwähnten Frage der folgende Leitsatz aufgestellt:

„... notwendig ist... eine weitgehende Gebietsautonomie“ (selbstverständlich nicht für Polen allein, sondern für alle Gebiete Rußlands) „und eine völlig

demokratische lokale Selbstverwaltung unter Festlegung der Grenzen der sich selbst verwaltenden und autonomen Gebiete“ (nicht gemäß den Grenzen der gegenwärtigen Gouvernements, Kreise usw.), sondern „auf Grund der von der örtlichen Bevölkerung selbst festzustellenden Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung usw.“*

Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung steht hier *in einer Reihe* mit anderen Bedingungen (allen voran den wirtschaftlichen, dann denen der Lebensweise usw.), die als Grundlage dienen sollen für die Festlegung neuer, dem modernen Kapitalismus und nicht fiskalischem Geiste und Asiatentum entsprechender Grenzen. Nur die örtliche Bevölkerung selbst vermag alle diese Bedingungen ganz genau „zu berücksichtigen“, und auf Grund dieser Berücksichtigung wird das zentrale Parlament des Staates die Grenzen der autonomen Gebiete und die Kompetenzsphäre der autonomen Landtage bestimmen.

*

Es bleibt noch die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu erörtern. In dieser Frage hat sich eine ganze Kollektion von Opportunisten aller Nationalitäten, sowohl der Liquidator Semkowski als auch der Bundist Libman und der ukrainische Nationalsoziale Lew Jurkewitsch, darangemacht, die Fehler Rosa Luxemburgs „zu popularisieren“. Den nächsten Artikel werden wir dieser durch die ganze „Kollektion“ heillos verwirrten Frage widmen.

* Siehe Werke, Bd. 19, S. 420. *Die Red.*

¹ Den Artikel „*Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage*“ schrieb Lenin im Oktober-Dezember 1913; er wurde im selben Jahr in der bolschewistischen legalen Zeitschrift „*Prosweschtschenije*“ Nr. 10, 11 und 12 veröffentlicht.

Bevor Lenin an die Niederschrift des Artikels ging, hielt er im Sommer 1913 in mehreren Schweizer Städten – in Zürich, Genf, Lausanne und Bern – Referate zur nationalen Frage.

Im Herbst 1913 hielt Lenin auf der „Sommer“beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären, die vom 23. September bis 1. Oktober (6. bis 14. Oktober) in der Ortschaft Poronin stattfand und aus konspirativen Gründen als „Sommer“beratung bezeichnet wurde, ein Referat zur nationalen Frage. Zu Lenins Referat wurde eine von ihm geschriebene Resolution angenommen. Nach Beendigung der Beratung begann Lenin an dem Artikel „*Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage*“ zu arbeiten. *1*

² „*Sewernaja Prawda*“ – einer der Titel der legalen bolschewistischen Tageszeitung „*Prawda*“, die in Petersburg herausgegeben wurde.

„*Prawda*“ (Die Wahrheit) – legale bolschewistische Tageszeitung, deren erste Nummer am 22. April (5. Mai) 1912 in Petersburg erschien. Der Beschluß über die Herausgabe einer Massenzeitung für die Arbeiter wurde auf der Sechsten (Prager) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR angenommen.

Die „*Prawda*“ war eine Massenzeitung der Arbeiter; das Geld für ihre Finanzierung wurde von den Arbeitern selbst gesammelt. Um die Zeitung bildete sich ein großer Kreis von Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterpublizisten. Im Laufe eines einzigen Jahres wurden in der „*Prawda*“ mehr als elftausend Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht. Die Tagesauflage der „*Prawda*“ betrug im Durchschnitt 40 000 Exemplare und erreichte bei manchen Nummern 60 000 Exemplare.

W. I. Lenin leitete die „Prawda“ vom Ausland aus. Er schrieb fast täglich für die Zeitung, gab der Redaktion Anweisungen und gewann für die Zeitung die besten publizistischen Kräfte der Partei.

An der Redaktion der Zeitung waren N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. I. Kalinin, W. M. Molotow, M. S. Olminski, N. G. Poletajew, K. N. Samoilowa, J. W. Stalin, J. M. Swerdlow, A. I. Uljanowa-Jelisarowa u. a. aktiv beteiligt. Auch die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, M. K. Muranow, G. I. Petrowski, F. N. Samoilow und N. R. Schagow arbeiteten an der „Prawda“ tatkräftig mit.

Die „Prawda“ war unablässigen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Im ersten Jahr ihres Bestehens wurde sie 41 mal beschlagnahmt, 36 Gerichtsverfahren wurden gegen die Redakteure durchgeführt, die insgesamt 47^{1/2} Monate Gefängnishaft verbüßen mußten. Innerhalb von zwei Jahren und drei Monaten war die „Prawda“ von der zaristischen Regierung achtmal verboten, wurde aber jedesmal unter einem anderen Namen neu herausgegeben: „Rabotschaja Prawda“ (Arbeiterprawda), „Sewernaja Prawda“ (Prawda des Nordens), „Prawda Truda“ (Prawda der Arbeit), „Sa Prawdu“ (Für die Prawda), „Proletarskaja Prawda“ (Proletarische Prawda), „Put Prawdy“ (Weg der Prawda), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Trudowaja Prawda“ (Prawda der Werktätigen). Am 8. (21.) Juli 1914, kurz vor Beginn des ersten Weltkriegs, wurde die Zeitung wiederum verboten.

Die Herausgabe der „Prawda“ konnte erst nach der Februarrevolution wiederaufgenommen werden. Vom 5. (18.) März 1917 an erschien die „Prawda“ als das Zentralorgan der SDAPR. Am 5. (18.) April begann Lenin, aus dem Ausland zurückgekehrt, in der Redaktion zu arbeiten und übernahm die Leitung der „Prawda“. Am 5. (18.) Juli 1917 wurden die Redaktionsräume der „Prawda“ von Offiziersschülern und Kosaken demoliert. Von Juli bis Oktober 1917 wechselte die „Prawda“, den Verfolgungen seitens der Provisorischen Regierung ausgesetzt, mehrmals ihren Namen und erschien als „Listok Prawdy“ (Blatt der „Prawda“), „Proletari“ (Der Proletarier), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Rabotschi Put“ (Weg des Arbeiters). Seit dem 27. Oktober (9. November) erscheint die Zeitung unter ihrem alten Namen „Prawda“. 3

³ „Zait“ (Zeit) – Wochenzeitung, Organ des „Bund“; erschien in Petersburg von Dezember 1912 bis Mai 1914. 3

⁴ „Dswin“ (Die Glocke) – legale nationalistische Monatsschrift menschewistischer Richtung, die in ukrainischer Sprache von Januar 1913 bis Mitte 1914 in Kiew erschien. 3

⁵ „Russkoje Slowo“ (Das russische Wort) – bürgerlich-liberale Tageszeitung; erschien in Moskau ab 1895. Sie wurde im November 1917 verboten. 4

⁶ Der „Bund“ – „Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland“ – wurde 1897 in Wilna gegründet und vereinigte hauptsächlich halbproletarische jüdische Handwerker in den Westgebieten Rußlands. Auf dem I. Parteitag der SDAPR im März 1898 schloß sich der „Bund“ der SDAPR als autonome Organisation an, die nur in den Fragen selbständig ist, die das jüdische Proletariat betreffen. Der „Bund“ war Träger von Nationalismus und Separatismus in der Arbeiterbewegung Rußlands. Nachdem der II. Parteitag der SDAPR die Forderung des „Bund“, ihn als einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats anzuerkennen, abgelehnt hatte, trat der „Bund“ aus der Partei aus. Im Jahre 1906 kehrte der „Bund“ auf Grund eines Beschlusses des IV. („Vereinigungs“-) Parteitags in die SDAPR zurück. Die Bundisten unterstützten innerhalb der SDAPR stets den opportunistischen Flügel der Partei („Ökonomen“, Menschewiki, Liquidatoren) und führten einen ununterbrochenen Kampf gegen die Bolschewiki. Der Programmforderung der Bolschewiki – Recht der Nationen auf Selbstbestimmung – stellte der „Bund“ die Forderung nach national-kultureller Autonomie entgegen. Während der Stolypinschen Reaktion und des neuen revolutionären Aufschwungs nahm der „Bund“ eine liquidatorische Haltung ein und beteiligte sich aktiv an der Bildung des parteifeindlichen Augustblocks. Während des ersten Weltkriegs 1914-1918 standen die Bundisten auf dem Boden des Sozialchauvinismus. Im Jahre 1917 unterstützte der „Bund“ die bürgerliche Provisorische Regierung und kämpfte auf Seiten der Feinde der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In den Jahren der ausländischen Intervention und des Bürgerkriegs schloß sich die Führung des „Bund“ den Kräften der Konterrevolution an. Zur gleichen Zeit begann in den Reihen der einfachen Mitglieder des „Bund“ ein Umschwung zugunsten einer Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht. Im März 1921 löste sich der „Bund“ selbst auf, ein Teil seiner Mitglieder trat nach den allgemein geltenden Bestimmungen der KPR(B) bei. 11

⁷ SEKP (Sozialistischeskaja Ewrejskaja Rabotschaja Partija) – Sozialistische Jüdische Arbeiterpartei – kleinbürgerliche nationalistische Organisation, gegründet 1906. Dem Programm der SERP lag die Forderung nach der nationalen Autonomie der Juden zugrunde – nach der Schaffung exterritorialer jüdischer Parlamente (Landtage), die bevollmächtigt wären, die Fragen der politischen Ordnung der Juden in Rußland zu entscheiden. Die SERP stand den Sozialrevolutionären nahe und kämpfte gemeinsam mit ihnen gegen die SDAPR. 21

⁸ Die *Beilis-Affäre* – ein provokatorischer Prozeß, der 1913 in Kiew von der zaristischen Regierung gegen den Juden Beilis inszeniert wurde. Man beschuldigte Beilis wider besseres Wissen, den christlichen Knaben Juschtschinski aus rituellen Motiven ermordet zu haben. (In Wirklichkeit war der Mord von Schwarzhundertern organisiert worden.) Durch die Inszenierung dieses Prozesses wollte die zaristische Regierung den Antisemitismus entfachen und Judenpogrome hervorrufen, um die Massen von der im Lande immer mehr um sich greifenden revolutionären Bewegung abzulenken. Der Prozeß rief starke Erregung in der Öffentlichkeit hervor. In einer Reihe von Städten führten die Arbeiter Protestdemonstrationen durch. Beilis wurde vom Schwurgericht freigesprochen. 22

⁹ *PPS* (Polska Partia Socjalistyczna) – Polnische Sozialistische Partei – reformistische nationalistische Partei, die im Jahre 1892 gegründet wurde. Die PPS, deren Programm der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugrunde lag, betrieb eine separatistische, nationalistische Propaganda unter den polnischen Arbeitern und war bestrebt, sie vom gemeinsamen Kampf mit den russischen Arbeitern gegen die Selbstherrschaft und den Kapitalismus abzulenken. 1906 spaltete sich die PPS in zwei Fraktionen: die PPS-„Lewica“ und die rechte, chauvinistische PPS-„Prawica“ („Fracy“).

Die PPS-„Lewica“ nahm unter dem Einfluß der SDAPR(B) sowie der SDKPuL (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens) nach und nach eine konsequent revolutionäre Position ein.

Im ersten Weltkrieg bezog ein großer Teil der PPS-„Lewica“ eine internationalistische Stellung und vereinigte sich im Dezember 1918 mit der SDKPuL. Die vereinigten Parteien gründeten die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (die ab 1925 Kommunistische Partei Polens genannt wurde).

Die rechte PPS, an ihrer Spitze Pilsudski, nahm während des ersten Weltkriegs eine nationalchauvinistische Haltung ein. Nach der Bildung des polnischen bürgerlichen Staates betrieb sie eine antisowjetische Politik. Während des zweiten Weltkriegs spaltete sie sich erneut in zwei Gruppen. Der reaktionäre, chauvinistische Teil beteiligte sich an der reaktionären polnischen Londoner Exilregierung“.

Der linke Teil der PPS, der sich „Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten“ nannte, schloß sich mit der 1942 gegründeten Polnischen Arbeiterpartei (Kommunisten) zur Volksfront zum Kampf gegen die Hitlerokkupanten zusammen. Im Dezember 1948 vereinigten sich beide Parteien und bildeten die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP). 23

¹⁰ „*Lutsch*“ (Der Strahl) – legale Tageszeitung der menschwistischen Liquidatoren; wurde vom 16. September 1912 bis 5. Juli 1913 (a. St.) in Peters-

bürg herausgegeben. Es erschienen 237 Nummern. Die Zeitung existierte in der Hauptsache von Spenden Liberaler. Die ideologische Leitung der Zeitung lag in den Händen P. B. Axelrods, Th. Dans, L. Martows und A. S. Martynows. 23

¹¹ Lenin bezieht sich auf den Artikel J. W. Stalins „*Marxismus und nationale Frage*“, wo im vierten Kapitel der Text des auf dem Brüner Parteitag der österreichischen sozialdemokratischen Partei angenommenen nationalen Programms zitiert wird. Der Artikel J. W. Stalins war in der Zeitschrift „*Prosweschtschenije*“ Nr. 3, 4 und 5 vom Jahre 1913 unter dem Titel „*Nationale Frage und Sozialdemokratie*“ mit der Unterschrift K. Stalin veröffentlicht.

„*Prosweschtschenije*“ (Die Aufklärung) – theoretisches Organ der Bolschewiki; erschien monatlich ab Dezember 1911 legal in Petersburg. Die Zeitschrift, die auf Anregung Lenins gegründet worden war, trat an die Stelle der von der zaristischen Regierung verbotenen Moskauer bolschewistischen Zeitschrift „*Mysl*“ (Der Gedanke). Lenin leitete die Zeitschrift „*Prosweschtschenije*“ vom Ausland her; sie veröffentlichte seine Arbeiten: „*Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus*“, „*Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne*“, „*Die Ergebnisse der Wahlen*“, „*Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage*“, „*Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*“ und andere. Den Teil Kunst und Literatur redigierte A. M. Gorki. Die Auflage der Zeitschrift betrug nahezu 5000 Exemplare.

Kurz vor dem ersten Weltkrieg – im Juni 1914 – wurde die Zeitschrift von der zaristischen Regierung verboten. Im Herbst 1917 wurde das „*Prosweschtschenije*“ erneut herausgegeben; es erschien nur eine Doppelnummer der Zeitschrift, in der die Arbeiten Lenins „*Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?*“ und „*Zur Revision des Parteiprogramms*“ veröffentlicht wurden. 25

¹² „*Nowaja Rabotschaja Gaseta*“ (Neue Arbeiterzeitung) – Tageszeitung der menschwistischen Liquidatoren; erschien vom 8. August 1913 bis 23. Januar 1914 (a. St.) an Stelle der „*Shiwaja Shisn*“ in Petersburg. Lenin nannte die Zeitung wiederholt „*Nowaja Likwidatorskaja Gaseta*“ (Neue Liquidatorenzeitung). 25

¹³ Die angeführten Daten entnahm Lenin der statistischen Aufstellung „*Eintageszählung der Elementarschulen im Reich, durchgeführt am 18. Januar 1911*. Lieferung I, Teil 2, St.-Petersburger Schulbezirk. Gouvernements:

Archangelsk, Wologda, Nowgorod, Olonez, Pskow und St. Petersburg“, St. Petersburg 1912, S. 72. 29

¹⁴ *Dragomanow, M. P.* (1841 1895) – ukrainischer Historiker und Publizist. Vertrat die Ideologie des ukrainischen bürgerlichen Nationalliberalismus. 32

¹⁵ „*Przegl d Socjaldemokratyczny*“ (Sozialdemokratische Rundschau) – Zeitschrift der polnischen Sozialdemokraten, die unter aktiver Teilnahme Rosa Luxemburgs von 1902 bis 1904 und von 1908 bis 1910 in Krakow herausgegeben wurde. 32

¹⁶ „*Westnik Jewropy*“ (Europäischer Bote) – Monatsschrift; erschien von 1866 bis zum Frühjahr 1918 in Petersburg. Die Zeitschrift vertrat die Ansichten der russischen liberalen Bourgeoisie; vom Beginn der neunziger Jahre an führte sie einen systematischen Kampf gegen den Marxismus. 35